

Stenographisches Protokoll.

8. Sitzung der I. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 5. April 1946.

Inhalt.

1. Eröffnung durch den Präsidenten (S. 71).
2. Mitteilung des Einlaufes (S. 71).
3. Verhandlung:

Antrag des Bauausschusses, betreffend Regulierung der Triesting. Berichterstatter Nimetz (S. 71 und S. 72), Redner: Abg. Zach (S. 72), Abstimmung (S. 72).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend Verlängerung des Budgetprovisoriums bei der niederösterreichischen Landesverwaltung bis 31. Mai 1946, Berichterstatter Glaninger (S. 72 und S. 73), Redner: Landesrat Haller (S. 73) und Abg. Dubovsky (S. 73), Abstimmung (S. 73).

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Koppensteiner, Kuba, Kren, Sigmund und Genossen, betreffend Intensivierung des Eisenbahn- und Transportwesens in Niederösterreich. Begründung der Dringlichkeit (S. 73), Abstimmung über die Dringlichkeit (S. 73), Berichterstatter Koppensteiner (S. 73 und S. 79), Redner: Abg. Sigmund (S. 75), Abg. Riefler (S. 76), Abg. Zach (S. 77), Abg. Bartik (S. 78), Abg. Schwarzott (S. 78), Abg. Stern (S. 79), Abstimmung (S. 80).

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Zach, Buchinger, Bartik, Bogenreiter, Dienbauer, Findner, Tesar, Schwarzott, Riefler, Endl, Kuchner, Legerer, Mitterhauser, Naderer und Genossen, betreffend Hilfe für die durch Bomben und andere Kriegshandlungen am meisten geschädigten Gemeinden. Begründung der Dringlichkeit (S. 80), Abstimmung über die Dringlichkeit (S. 80), Berichterstatter Zach (S. 80 und S. 85), Redner: Abg. Dr. Steingötter (S. 82), Abg. Staffa (S. 83), Abg. Buchinger (S. 84), Abg. Bartik (S. 84), Abg. Kaindl (S. 85), Abstimmung (S. 86).

PRÄSIDENT (nach Eröffnung der Sitzung um 10.40 Uhr): Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten Romsy und Gaßner wegen Krankheit.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (liest): Antrag der Abgeordneten Wondrak, Ficker, Gruber, Mentasti und Genossen, betreffend Beseiti-

gung des Unterschiedes zwischen den sozialpolitischen Rechten der Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft und denen aller anderen Arbeiter und Angestellten.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Koppensteiner, Kuba, Kren, Sigmund und Genossen, betreffend Intensivierung des Eisenbahn- und Transportwesens in Niederösterreich.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Zach, Buchinger, Bartik, Bogenreiter, Dienbauer, Findner, Tesar, Schwarzott, Riefler, Endl, Kuchner, Legerer, Mitterhauser, Naderer und Genossen, betreffend Hilfe für die durch Bomben und andere Kriegshandlungen am meisten geschädigten Gemeinden.

PRÄSIDENT: Die Dringlichkeitsanträge gelangen am Schlusse der Sitzung zur Verhandlung.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung; ich ersuche den Herrn Abgeordneten Nimetz, die Verhandlung zur Zahl 63 einzuleiten.

Berichterstatter NIMETZ: Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Nimetz, Mentasti, Buchinger, Vesely und Genossen, betreffend Regulierung der Triesting zu berichten. Der Antrag des Bauausschusses lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der Wiederaufbauarbeiten in Niederösterreich auch das dringende Problem der Triestingregulierung in Angriff zu nehmen.“

Zur Begründung dieses Antrages erlaube ich mir folgendes anzuführen:

Nachdem schon im Jahre 1943 das Triestingtal von einer großen Überschwemmung heimgesucht wurde, wurde es am 4. Juli 1944 in den Abendstunden neuerlich von einer furchtbaren Hochwasserkatastrophe überrascht, dies in einem Ausmaße, wie es seit vielen Jahrzehnten nicht der Fall war. Die überraschend hereingebrochene Katastrophe verwandelte die Gewässer des ganzen Triestingtales in einen reißenden Strom. Durch das Hochwasser wur-

den Straßen zerstört, Brücken aus Eisenbeton weggeschwemmt, Häuser wurden unterspült und stürzten ein, Lichtleitungen beschädigt, Gärten, Wald und Flurkulturen vermurrt und Bahngeleiseanlagen unbrauchbar gemacht. Die Möbelstücke in den Wohnungen wurden umgeworfen und weggeschwemmt, Maschinen und Einrichtungsgegenstände in den Fabriken und Betrieben zerstört und von den Wassermassen weggetragen. Außer ungezählten Tieren kamen auch viele Menschen ums Leben, in Berndorf allein zehn Personen. Das Wasser war in vielen Orten, darunter Weißenbach, Pottenstein, Berndorf und St. Veit über zwei Meter hoch. Die Hauptursache für das Ausmaß dieser Katastrophe war wohl die fehlende Triestingregulierung, die schon seit vielen Jahren in Aussicht genommen ist. Die intensiven Holzschlägerungen am Oberlauf der Triesting und deren Nebenflüssen sowie die unterbliebene Wiederaufforstung trugen zur Vergrößerung der Katastrophe bei. Zur Illustration des Umfanges des Hochwasserschadens seien einige Zahlen angeführt: Klein-Mariazell 30.000 S., Altenmarkt 50.000 S., Weißenbach 170.000 S., Pottenstein 300.000 S. In Berndorf betragen die Kosten der Wiederinstandsetzung der Gemeindeobjekte allein 176.000 S. Die Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG. meldete, daß 2200 Elektromotore ausgebaut und neu gewickelt werden mußten.

Geldmäßig sind für die Beseitigung der Hochwasserschäden über sechs Millionen Schilling aufgewendet worden. Weitere eineinhalb bis zwei Millionen Schilling werden noch notwendig sein, um die übrigen Schäden zu decken. Der Produktionsausfall durch das Hochwasser kann mit 15 Millionen Schilling angenommen werden.

Um die ohnehin schwer geprüfte Bevölkerung des Triestingtales der Sorge und Angst vor weiteren solchen Katastrophen zu entheben, bitte ich das Hohe Haus, dem vorgelegten Antrage die Zustimmung zu erteilen.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte, zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete ZACH.

Abg. ZACH: Hoher Landtag! Dieser Antrag ist sicherlich im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegen, denn es ist eine Erfahrungstatsache, daß in der jetzigen Zeit viele Arbeiten deswegen nicht durchgeführt werden können, weil die nötigen Transportmittel usw. fehlen. Hier handelt es sich aber um einen Antrag, der mit wenig Transportmitteln durchgeführt werden kann und im Interesse der Triestingtaler Bevölkerung gelegen ist. Daher ist es notwendig, daß diese Arbeiten ehestens in Angriff genommen werden. Es ist leider Gottes so, daß es

immer um die Transportmittel geht, daß aber auch Arbeiten, die nicht so sehr auf diese Frage angewiesen sind, ebenfalls nicht berücksichtigt werden.

Daher ersuche ich, diesem Antrage zuzustimmen.

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft; der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter NIMETZ: Ich bitte um Annahme des vorgelegten Antrages.

PRÄSIDENT: (*Abstimmung*) **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten GLANINGER, die Verhandlung zur Zahl 60 einzuleiten.

Berichterstatter GLANINGER: Ich habe namens des Finanzausschusses über den Bericht und Antrag der niederösterreichischen Landesregierung, betreffend das Budgetprovisorium bei der niederösterreichischen Landesverwaltung, Verlängerung bis 31. Mai 1946, zu berichten.

Der Landtag von Niederösterreich hat mit seinem Beschluß vom 18. Jänner 1946 der niederösterreichischen Landesregierung die Ermächtigung erteilt, in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1946 den Landeshaushalt auf Grund eines Budgetprovisoriums zu führen.

Dieser Termin wurde in der Annahme festgesetzt, daß die Aufstellung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946 in den ersten drei Monaten des Jahres derart zeitgerecht erfolgen wird, daß dem Landtag die Möglichkeit gegeben ist, den Voranschlag bis Ende des Monats März 1946 der Beratung und Beschlußfassung zu unterziehen.

Nun wurden den Bundesländern erst bei der am 25. und 26. Februar 1946 stattgefundenen Länderkonferenz seitens des Bundesministeriums für Finanzen die Richtlinien für die Aufstellung der Bedeckungsseite des Voranschlages, insbesondere hinsichtlich der Bundesfinanzzuweisungen, zur Kenntnis gebracht. Zur Feststellung der auf Grund dieser Richtlinien dem Lande Niederösterreich im Jahre 1946 zukommenden Einnahmen mußten umfangreiche und zeitraubende Berechnungen vorgenommen werden. Durch diesen Umstand und in weiterer Folge durch die Anpassung der Ausgabenseite des Voranschlages an die zu gewärtigenden Einnahmen hat sich die endgültige Aufstellung des Voranschlagsentwurfes sowie seine Drucklegung verzögert und es ist daher nicht möglich, den Voranschlag bis zum Ablaufe des im Jänner 1946 beschlossenen Budgetprovisoriums im Landtage zu verabschieden.

Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, die Geltungsdauer des Budgetprovisoriums bis 31. Mai 1946 zu verlängern.

Erwähnt sei, daß auch die Bundesregierung im Nationalrat eine Budgetprovisoriumsnovelle, betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer bis 31. Mai 1946 des im Dezember 1945 beschlossenen Bundesbudgetprovisoriums eingebracht hat. Der Nationalrat hat diese Novelle am 22. März 1946 beschlossen. (3. Präsident *Endl übernimmt den Vorsitz.*) Es wird daher der Antrag gestellt (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Geltungsdauer des in der Sitzung des Landtages am 18. Jänner 1946 beschlossenen Budgetprovisoriums wird bis 31. Mai 1946 verlängert.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

3. PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte und erteile das Wort dem Herrn Landesrat H a l l e r.

Landesrat HALLER: Sie haben aus dem Antrag gehört, daß das Finanzreferat nicht in der Lage war, den festgesetzten Termin zur Vorlage des Voranschlages für das Jahr 1946 bis 31. März 1946 einzuhalten. Es waren verschiedene Schwierigkeiten vorhanden, zum Teil die Beratungen mit dem Finanzministerium, in der Hauptsache aber die Drucklegung des Budgets. Ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß wir in der kürzest möglichen Zeit, vielleicht schon Ende April, in die Lage kommen werden, dem Hohen Landtag den Voranschlag vorzulegen und ich bitte daher um Ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

3. PRÄSIDENT: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete D u b o v s k y.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Wir bedauern es, daß diesmal wiederum nur ein Budgetprovisorium erstellt werden kann. Man hätte hier schon die Schwierigkeiten, die auch wir nicht verkennen, überwinden müssen, um endlich dem Landtag einen ordentlichen Haushaltsplan vorzulegen. Wir begrüßen es, daß der Herr Landesrat H a l l e r die Absicht hat, den ordentlichen Haushaltsplan dem Hause bis Ende April vorzulegen und wir sind bereit, für dieses Budgetprovisorium unter der Voraussetzung zu stimmen, daß in allen Belangen des Landes eine wirkliche demokratische Zusammenarbeit stattfindet und daß diese Zusammenarbeit zur Tatsache wird und nicht etwa als notwendiges Übel angesehen wird.

Wir hoffen, daß bis Ende des Monats der Haushaltsplan erstellt sein wird. Wir werden für den vorliegenden Antrag stimmen.

3. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GLANINGER: Ich bitte um Annahme des vorgelegten Antrages.

3. PRÄSIDENT: (*Abstimmung*) A n g e n o m m e n.

Das Haus gelangt zur Beratung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten K o p p e n s t e i n e r, K u b a, K r e n, S i g m u n d und Genossen, betreffend Intensivierung des Eisenbahn- und Transportwesens in Niederösterreich.

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem ersten Antragsteller, Herrn Abgeordneten K o p p e n s t e i n e r, das Wort.

Berichterstatter KOPPENSTEINER: Wie Sie aus dem Titel des Antrages ersehen, handelt es sich hier um die Erledigung einer sehr sehr dringlichen Sache und ich bitte daher das Hohe Haus, diesem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen.

3. PRÄSIDENT: Wir gelangen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Ich ersuche jene Mitglieder des Hauses, welche dem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen wollen, die Hand zu erheben. (*Geschieht.*) A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Antragsteller, zum Meritum des Antrages zu berichten.

Abg. KOPPENSTEINER: Hoher Landtag! Es wurde in diesem Hohen Hause schon einige Male über die Regelung der Verkehrsverhältnisse auf den einzelnen Bahnlinien gesprochen und es sind auch diesbezügliche Initiativanträge eingebracht worden, für die wir gestimmt haben. Es ist aber nur ein Flickwerk, wenn wir heute hier und morgen dort einen Zug erbetteln und hier oder dort eine kleine Verbesserung erreichen. Tatsache ist, daß Niederösterreich das vom Kriege am meisten betroffene und wohl auch das verkehrsärmste Land ganz Europas ist. Was das für die Gesamtwirtschaft bedeutet, das, glaube ich, brauche ich nicht des weiteren auseinanderzusetzen. Ich möchte aber trotzdem einiges dazu sagen. Die Landwirtschaft bemüht sich, aus dem Boden herauszubringen, was nur herauszubringen ist; das ist gut so, aber was nützt alles das, wenn draußen im Schweiß des Angesichtes versucht wird, in Bezug auf die Ernährung eine Besserung zu bringen, wenn wir dann die geernteten Produkte nicht zur gegebenen Zeit und nicht in der entsprechenden Ordnung an die Plätze bringen können, wo diese Dinge gebraucht werden. Ich verweise hier ganz besonders auf die Dringlichkeit eines halbwegs geregelten und geordneten Verkehrs in der nächsten Zeit, wo wir das Frühgemüse

zu befördern haben werden. Wir haben in Niederösterreich große Gebiete, wo sehr vieles und gutes Gemüse erzeugt wird und wo reichlich Obst, wie Kirschen und Marillen usw., geerntet werden kann. Es geht nun darum, diese Erzeugnisse so zu transportieren, daß sie nicht verdorben auf die richtigen Plätze kommen. Das ist in Bezug auf die Ernährungslage zu sagen.

Auch in Bezug auf den Wiederaufbau ist es unbedingt notwendig, daß die Verkehrsfragen nicht nur auf der Eisenbahn, sondern in allen Belangen grundsätzlich und dringlich geregelt werden. Die Züge der Bahnen verkehren in Niederösterreich derzeit so mangelhaft, daß weder die Arbeiter zu ihren Arbeitsplätzen kommen können, noch die entsprechenden Baustoffe zu jenen Stellen gebracht werden können, wo sie unbedingt und dringend gebraucht werden.

Es ist daher unbedingt notwendig, daß wir hier im Landtage einen Beschluß fassen, daß die Hohe Landesregierung beauftragt wird, mit allen zuständigen Stellen, auch mit den maßgebenden Stellen der Besatzungsbehörden, darüber zu sprechen, daß wir die entsprechende Anzahl von Lokomotiven freibekommen und daß wir für den Betrieb des Bahnverkehrs auch die entsprechende Menge von Kohle zugewiesen erhalten. Wir müßten sonst, wenn wir den tristen Verkehr weiter haben sollten, sogar befürchten, daß ein Teil unserer Industrie aus Niederösterreich abwandert. Wenn sie hier ihre Geschäfte nicht abwickeln und die Betriebe nicht aufrechterhalten können, dann werden sie versuchen, diese Betriebe irgendwo anders hin zu verlegen und das würde für Niederösterreich ein sehr großes Unglück bedeuten.

Wir haben eine große Zahl von hochqualifizierten Arbeitern draußen in den verschiedenen Bezirken, z. B. Arbeiter der Elektroindustrie, förmliche Künstler auf ihrem Gebiet, sie können aber zu ihren Arbeitsstätten nicht gelangen, weil sie keine entsprechenden Züge und Transportmittel haben, um in ihre Betriebe zu kommen, wo sie jahrelang gearbeitet haben und wo sie für den Wiederaufbau in Österreich nützlich wirken könnten, vor allem, um Exportwaren zu erzeugen, die wir für Tauschzwecke notwendig brauchen, damit wir von auswärts das, was wir in Niederösterreich brauchen, hereinbekommen.

Viele Schüler haben das Mittelschulstudium begonnen, sie können aber wegen des schlechten Zugverkehrs nicht zu ihren entlegenen Unterrichtsstätten gelangen, weshalb sie ihr Studium unterbrechen müssen und nun stehen sie draußen in den Ortschaften herum. Es ist daher sehr notwendig, daß unserer heranwachsenden Jugend die Möglichkeit gegeben wird, ihr Stu-

dium fortzusetzen, denn wir brauchen diese Leute in Zukunft für den Wiederaufbau unseres Landes.

Auch die Gewerbetreibenden und die Geschäftsleute können nicht dorthin gelangen, wo sie ihre Bedarfsartikel einkaufen können und sollen, damit draußen wiederum das Gewerbe und der Geschäftsbetrieb in Fluß und Gang gebracht wird. Ja, es geht so weit, daß wir draußen in den verschiedenen Städten und Ortschaften schwerkranke Menschen sterben sehen müssen, weil wir sie nicht in das Spital transportieren konnten. Mir selbst als Bürgermeister der Stadt Bruck ist es einige Male passiert, daß schwerverletzte Menschen vor mir auf dem Hauptplatz sterben mußten, weil wir weder ein Auto, noch einen Zug zur Verfügung hatten, um diese schwerkranken Menschen in ein Spital zu bringen.

Diese Dinge, Hohes Haus, müssen unbedingt einer Regelung unterzogen werden, denn es geht nicht an, daß eine werdende oder gebärende Mutter draußen liegen und mit ihrem Kind elend zugrunde gehen muß, weil wir sie nicht in das Spital oder zum Arzt bringen können, wo ihr Hilfe zuteil werden könnte.

Es handelt sich hier nicht nur um den Eisenbahnverkehr, sondern auch um das Transportwesen auf der Straße, sowohl um den Personen-, als auch um den Lastautoverkehr. Wir sehen zwar, daß jetzt sehr viele Konzessionsansuchen einlaufen, und zwar oft in Städten mit nur 2000 Einwohnern. In diesen Städten und Orten suchen manchmal sechs bis acht Menschen um eine Transportkonzession an. Darunter sind Menschen, die vor ein oder zwei Jahren nicht einmal eine Scheibtruhe ihr Eigen nennen konnten, heute aber verfügen sie über drei bis vier Autos. Es wäre schon notwendig, daß man da etwas nachsehen würde (*Zwischenruf: Überprüfen!*). Jawohl, man sollte eine Überprüfung vornehmen und die Transportmittel nur jenen Menschen geben, die sie zum Nutzen des Volkes betreiben würden. Diese Leute haben aber nicht nur die Autos, sondern auch die Bestandteile dazu, die sie sich zusammengehamstert haben und mit denen heute so mancher tüchtige Mechaniker Kraftwagen instandsetzen könnte. Dieser hat aber die notwendigen Bestandteile nicht, weil eben solche gewissenlose Menschen diese Bestandteile zusammengehamstert haben und damit ihre Geschäfte betreiben, und zwar nicht ordentliche Geschäfte, sondern Schleichhandel.

Ich appelliere daher an die Hohe Landesregierung, da gründlich durchzugreifen und die Konzessionsansuchen zu überprüfen und jene Wagen, die zu unrecht in so manchem

Besitz sind, zu enteignen und jenen Stellen zuzuweisen, die die Transporte zum Nutzen der Allgemeinheit durchführen werden.

Es wurde in diesem Hohen Hause wiederholt von der Anerkennung gesprochen, die wir den Landwirten für ihre brave Arbeit zollen müssen und es wurde auch wiederholt davon gesprochen, daß wir auch den Fabrikarbeitern, den Arbeitern in der Industrie draußen, die Anerkennung nicht versagen dürfen, weil diese wesentlich dazu beigetragen haben, daß viele Fabriken und Betriebe wieder in Gang gebracht werden konnten und heute wieder produzieren.

Ich darf hier noch eine Gruppe nicht vergessen, das sind die Eisenbahner (*Beifall links*). Diese sind vom ersten Tage an sofort daran gegangen, verschiedene Bahnlinien, vor allem die wichtigsten, wieder instandzusetzen. Ich bin selbst mit dabei gestanden und habe gesehen, wie einfache Oberbauarbeiter neben dem Stationsvorstand und dem Ingenieur mit Krampen und Schaufel daran gegangen sind, Schienen zu legen, Brücken auszubessern, Sicherungsanlagen zu schaffen usw. Es ist auch bekannt, daß unsere Lokomotivführer und Techniker daran gegangen sind, weil wir Mangel an Kohle haben, einen Teil der Lokomotiven auf Ölfeuerung umzubauen. Es fahren schon einzelne solcher Lokomotiven. Ich möchte aber an die Landesregierung das Ersuchen richten, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß wir mit diesen Lokomotiven auch wirklich weiter fahren können und daß sie uns nicht wieder weggenommen werden.

Als dritter Faktor kommt noch die Schifffahrt, der Wasserweg, in Frage, der dem Transport dienen soll. Wenn wir eine Donaufflotte auch nicht haben, so wird doch die Möglichkeit vorhanden sein, zumindest aus dem Mühlviertel oder dem Pöggstaller Bezirk das Bauholz auf der Donau herunterzulößen, um es näher an der Verbauchsstelle zu haben.

Ich möchte noch die Landesregierung bitten, daß jene verlegten Wege auf der Donau freigemacht werden, damit das Bau- und Nutzholz näher zu den Verarbeitungsstellen gebracht werden kann.

Ein besonderes Kapitel bildet noch der Zustand unserer Straßen. Sie alle kennen diesen Zustand. Man kann mit den Autos, ob es sich um ein Personenauto oder einen Lastwagen handelt, verschiedene Straßen überhaupt nicht mehr befahren. Ich bitte daher die Landesregierung dafür Sorge zu tragen, daß der Ausbesserung der verschiedenen Straßen, ganz besonders der wichtigsten Verkehrswege, ein besonderes Augenmerk zugewendet wird.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, daß der Ausschuß, der für das Transportwesen gebildet worden ist, sofort mit jenen Vorarbeiten beginnen soll, damit ein halbwegs geordnetes und geregeltes Transportwesen in Niederösterreich möglich wird.

Unser ganzer Wiederaufbau, unser ganzes Sein und Nichtsein hängt mit der Lösung der Transportfrage zusammen. Ich bitte daher das Hohe Haus, dem Antrage die Zustimmung erteilen zu wollen. (*Großer Beifall links.*)

3. PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte; zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Sigmund.

Abg. SIGMUND: Hoher Landtag! Wir haben gehört, daß kein Land so schwer durch den Krieg getroffen worden ist wie gerade Niederösterreich. Dazu kommt noch die sinnlose Zerstörung, die sich die Faschisten bei ihrem Abzug geleistet haben. Nun müssen wir feststellen, daß nach einem Jahr Niederösterreich noch so schwer unter den schlechten Verkehrsverhältnissen leidet. Es wurden schon viele Anträge diesbezüglich eingebracht, aber wir konnten nur immer feststellen, daß eine Bahnlinie eröffnet worden ist, dafür aber zwei oder drei Linien wieder eingestellt worden sind. Wir wissen alle, daß der Bahnverkehr sehr dringend ist, um die Ernährung, über die hier schon soviel gesprochen worden ist, zu sichern. Ich will hier nur ein Beispiel anführen. Auf der Lokalstrecke St. Pölten—Gresten über Kilb, Mank, ist der Zugverkehr so eingeschränkt worden, daß nur zweimal in der Woche ein Zug verkehrt, so daß z. B. die Milch nach St. Pölten per Auto zugestellt werden muß. Es wäre daher mit der Eisenbahndirektion eine Regelung zu treffen, daß durch einen entsprechenden Zugverkehr die Zufuhr der Nahrungsmittel in eine so große Stadt wie St. Pölten gesichert ist.

Wir haben schon sehr viel über den Lastkraftwagenverkehr gesprochen und gehört. Schauen Sie einmal auf die Bundesstraßen, was sich dort abspielt und welche unglaublichen Preise von Leuten bezahlt werden, damit sie auf Autos mitfahren können. Da gibt es keinen Lohnstopp, da werden Preise bezahlt, die in die tausende Schilling gehen. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie das möglich ist. Hier muß wirklich eingegriffen werden.

Es ist schon angeführt worden, daß die Straßen in einem derartigen Zustande sind, daß er für den Autoverkehr eine Gefahr bedeutet. Es ist daher notwendig, auch hier Abhilfe zu schaffen.

Es ist hier auch schon gesprochen worden über den Mangel an Kohle und über die Ölfeuerung, aber über eines ist noch nicht gespro-

chen worden, was eine Dringlichkeit ist, nämlich über die Elektrifizierung der Bahnen. Sie wissen, daß schon früher hier einmal über das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug gesprochen worden ist. Sein Ausbau wäre sehr dringend. Dieses Kraftwerk ist das größte Niederdruckwerk Europas, außerhalb Rußlands, und für seinen Bau ist bereits ein Fünftel des gesamten Aufwandes, das sind rund 40 Millionen Reichsmark, ausgegeben worden. Sein Ausbau wäre um so mehr notwendig, als die Fernleitung dafür vorhanden ist und daher der Strom nach Wien über die Leitung Ernsthofen—Wien geleitet werden könnte.

Ich habe schon gesagt, daß für Autofahrten auf den Straßen ungeheure Preise bezahlt werden. Wenn man bedenkt, daß auf den schlechten Straßen die Bereifung sehr leidet und daher der Schleichhandel mit Autoreifen blüht, so ist das einigermaßen verständlich. Es wäre aber dringend notwendig, daß in dieser Angelegenheit einmal Abhilfe geschaffen wird. Wir wissen, wenn wir die Ernährung unseres Landes sichern wollen, dann müssen in erster Linie die Verkehrswege gesichert werden, weil es nur dann möglich ist, aus diesem furchtbaren Chaos herauszukommen. *(Beifall.)*

Abg. RIEFLER: Hoher Landtag! Ich möchte der so sachlich vorgebrachten Begründung des Berichterstatters noch einige kurze Fakten beifügen. Wenn gesagt wurde, daß die bisherigen Anträge nur Flickwerk bleiben werden, dann muß das aus dem Umstande heraus verstanden werden, daß es selbstverständlich ist, wenn auf der Westbahn und auf der Südbahn ein Verkehr ist, auch das Verlangen gestellt wird, daß auch auf der Nord- und Ostbahn der Verkehr aufgenommen wird. Nur so muß es verstanden werden, daß wir diesen Antrag eingebracht haben. Dazu kann ich Ihnen mitteilen, daß seit 14 Tagen auch die Nord- und Ostbahn verkehrt. Damit ist aber die Sache noch nicht abgetan. Wir haben im Viertel unter dem Manhartsberg die Strecke Sigmundsherberg—Zellerndorf—Laa, die noch immer nicht in Gang ist. Wenn davon gesprochen wurde, daß auf den verschiedenen Strecken viele Schüler fahren müssen, so ist das sehr richtig. Auf der Strecke Zellerndorf—Laa sind 10 bis 15 Schüler, die nach Laa oder Hollabrunn fahren müssen, die aber jetzt mit dem Fahrrad fahren. Was das heißt, die Kinder, darunter auch Mädchen, mit dem Rad in die Schule fahren zu lassen, noch dazu bei den schlechten Straßen und den furchtbar unsicheren Verhältnissen, können Sie sich vorstellen.

Die Frage des Verkehrs muß auch noch von einem anderen Standpunkte aus beleuchtet wer-

den. Wenn hier gestern einer der Herren Kollegen von der Initiative in der Wirtschaft gesprochen hat, so ist das in erster Linie eine Frage des Verkehrs. Die Wirtschaft draußen kann nicht angekurbelt werden, wenn ganze Hauptbahnstrecken stillliegen.

Es ist noch etwas zu besprechen, wenn man sieht, wer alles auf der Nord- und Westbahn usw. fährt. Ich will da keine Kritik üben an jenen hungernden Menschen, die gezwungen sind, hinauszufahren, um sich ein Kilogramm Kartoffeln zu holen. In der Mehrzahl sind es aber nicht diese armen Teufel, sondern die Berufshamsterer, die die Bahn bevölkern. Wenn jemand eine Dienstoffahrt macht, wie der Abgeordnete usw., dann ist er oft nicht imstande, vor dem Berufshamsterer in den Zug hineinzukommen. Dasselbe ist der Fall, wenn z. B. ein Bauer zur Bezirkshauptmannschaft will und sich bei dieser Gelegenheit einen Bezugschein für ein Kilogramm Nägel holen will. Da ist er nicht in der Lage, die Bahn zu benützen, weil diese von allen möglichen und unmöglichen Menschen besetzt ist. Der Arbeiter, der die Bahn benützen muß, weil sein Betrieb durch die Kriegsverhältnisse auf das Land hinaus verlegt wurde, kann ebenfalls nicht zu seinem Arbeitsplatz gelangen, weil die Bahn von den Hamsterern blockiert ist.

Die Aktivierung des Bahnverkehrs ist neben anderen wirtschaftlichen Dingen aber auch eine Sache der Sicherheit. Man stelle sich nur vor, daß draußen in den Bezirken keine Bahn verkehrt, dementsprechend sind nun auch die Sicherheitsverhältnisse. Wenn man bedenkt, daß die Gendarmerie kein Auto zur Verfügung hat, die Gendarmen oft kein Motorrad, höchstens ein Fahrrad haben, das sie sich manchmal noch ausborgen müssen. Wie gesagt, die Frage des Bahnverkehrs ist auch eine Frage der Sicherheit.

Wenn hier von der Überprüfung der Verkehrsmittel gesprochen wurde, so möchte ich das ganz besonders unterstreichen. Unter dem Titel eines Lebensmittel- oder Holztransportes fahren alle möglichen und unmöglichen Menschen da draußen herum. Auf den Straßen sieht man, was sich alles tut. Da stehen hunderte Menschen mit Weinflaschen in der Hand und halten durchfahrende Kraftwagen auf und bitten, sie mitfahren zu lassen. Das sind Dinge, die abgestellt gehören. Wenn man sich mit der Frage des Verkehrs beschäftigt, so muß auch darüber gesprochen werden, daß die Bundesbahnverwaltung eine authentische Auskunft zu geben hat, aus welchen Gründen dort und da die Bahn nicht verkehren kann. Früher wurde gesagt, es sei keine Kohle vorhanden; dann hat es geheißen, die Geleise sind beschä-

dig, jetzt heißt es, die Lokomotiven werden auf Ölfeuerung umgestellt. Jetzt heißt es wieder, es ist kein Öl da. So kann es aber nicht weitergehen. Wir haben zumindest das Recht, zu fordern, daß wir erfahren können, aus welchen Gründen eigentlich die Bahn nicht verkehren kann. Da würde ich den Herrn Landeshauptmann bitten, daß mindestens die Abgeordneten informiert werden, damit sie draußen ihren Wählern Rechenschaft geben können. Wir werden ja von hunderten Leuten gefragt: warum geht die Bahn nicht? Wir wissen aber genau so wenig wie die Fragesteller. Ich bitte daher den Herrn Landeshauptmann, zu veranlassen, daß wir von den zuständigen Stellen authentische Auskunft bekommen, warum die Bahn nicht verkehrt.

Wir stimmen dem Antrage zu und bitten den Herrn Landeshauptmann, daß in dieser Frage alles gemacht wird, damit diese unleidliche Misère der Verkehrsverhältnisse wirklich ernst und radikal aus der Welt geschafft wird. (*Beifall.*)

Abg. ZACH: Hoher Landtag! Es wurde heute schon sehr vieles gesagt, was alles aufgeboren werden muß, um den gesamten Verkehr in Ordnung zu bringen. Ich will da nichts wiederholen, sondern nur die eine oder andere Anregung geben. Es muß in erster Linie der Grundsatz gelten, daß auf der Straße eine Leerfahrt mit Fahrzeugen über eine gewisse Kilometeranzahl hinaus nicht geduldet wird. Deshalb soll in Niederösterreich eine Zentralstelle geschaffen werden, wo jeder, der eine weitere Fahrt zu unternehmen hat, melden muß, wozu er diese Fahrt machen muß. Es werden da gewiß manche Ausnahmefälle vorkommen, aber es muß grundsätzlich auf der Hin- und Rückfahrt der Wagen voll ausgenützt sein. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit. Es ist heute wirklich so, daß von den Autos weite Strecken nicht oder nur halb beladen gefahren werden. Es ist weiter auch notwendig, daß das Umladen soweit als möglich vermieden wird.

Ich stimme nicht ganz den Ausführungen des Herrn Antragstellers bei, wenn er sagt, daß Obst und Gemüse mit der Bahn transportiert werden soll. Da haben wir die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Obst und Gemüse muß in erster Linie mit Lastkraftwagen und Traktoren befördert werden. Jeder Traktor- und Lastwagenbesitzer muß verpflichtet werden, wöchentlich oder 14tägig zu melden, was er zu transportieren und welche Fahrten er zu machen hat. Fahrzeuge, die nicht entsprechend ausgenützt werden, sind auf Grund des Leistungsgesetzes anzufordern. Das Hin- und Herfahren muß auf ein Minimum beschränkt werden.

Es hat weiter sofort mit den Arbeitsämtern verhandelt zu werden, daß Arbeiter, die jetzt weit weg von ihrem Wohnort beschäftigt werden, soweit als möglich in der Nähe ihres Wohnortes eingesetzt werden. Es gibt da sehr viele solcher Fälle. Es ist daher notwendig, daß da von amtswegen ein Arbeiteraustausch erfolgt, so daß die langen Fahrten zum Arbeitsplatz möglichst verringert werden können.

Zur Frage der Abwanderung der Industrie möchte ich das Ersuchen stellen, mehr den Grundsatz durchzuführen, daß Abwanderungen möglichst verhindert werden. Es gibt viele Orte, wo um sehr viel Geld Arbeiterwohnungen gebaut wurden und jetzt fällt es irgend einem Unternehmer ein, aus diesem oder jenem Grunde seinen Betrieb anderswo hin zu verlegen. Dort müssen dann wiederum neue Wohnungen gebaut werden. Es ist notwendig, daß alle diese Fragen von einer höheren Warte aus betrachtet werden.

Es ist weiter gesagt worden, daß die Schulkinder so weit in die Schule gehen müssen. Damit zusammenhängend wäre der Frage der Neugründung von Kinderheimen und Internaten das Augenmerk zuzuwenden. Wer weiß, welche unerhörte Kraft und Energie von den Kindern aufgewendet werden muß, um zeitlich aufzustehen und zur Schule zu fahren, und wie lange sie oft warten müssen, bis der Zug fährt, wird begreifen, daß da eine Abhilfe notwendig ist. Gerade in der Notzeit sind Dinge zu erfüllen, die in normalen Zeiten als nicht möglich erscheinen. Daher ist der Schaffung von Internaten das größte Augenmerk zuzuwenden, damit die Transportmittel entlastet werden.

Es ist auch notwendig, daß nicht nur Leerfahrten vermieden, sondern daß wirklich alle Fahrzeuge hundertprozentig ausgenützt werden. Es ist leider so, wie schon angedeutet worden ist, daß oft nur eine gewisse Anzahl von Tagen gefahren wird, um Gummi zu sparen. Eine gewisse Leistung muß aber unbedingt verlangt werden. Es ist daher zu wünschen, daß das Verkehrswesen des Landes zentralisiert und daß mit größter Strenge vorgegangen wird.

Daß die Elektrifizierung des Verkehrs eine Notwendigkeit und ein Gebot der Stunde ist, ist nicht nur vom Standpunkte des Verkehrs, sondern vor allem anderen vom Standpunkte der Geldfrage zu betrachten. Wenn gesagt wird, daß zu wenig Arbeit da wäre, so sage ich, bei der Elektrifizierung gibt es unerhört viel Arbeiten. Daher Konzentrierung auf diesen Industriezweig! Wenn es uns gelingt, für die schwarze Kohle durch die Elektrifizierung die weiße Kohle zu schaffen, dann werden wir

nicht mehr hinter unseren Nachbarn zurückbleiben. (*Großer Beifall rechts.*)

Abg. BARTIK: Hoher Landtag! Ganz aus dem Herzen hat mir mein Vorredner in punkto des Transportwesens gesprochen. Wenn heute hier die Frage des Transportwesens angeschnitten wurde, so sage ich, daß sie schon vor fünf Monaten hätte besprochen werden müssen. Ich glaube, daß das Transportwesen hauptsächlich die Eisenbahnverwaltung übernehmen soll, denn die Unternehmung der österreichischen Eisenbahnen hat am schwersten unter den Kriegereignissen gelitten, daher ist sie auch berechtigt, das ganze Transportwesen zu übernehmen. Dadurch werden auch die Geschäfte ausgeschaltet, die von Personen, die nie dazu berechtigt sind, getätigt werden und unsere Bevölkerung wird durch diese Autounternehmungen nicht gänzlich ihr Geld los, denn geordnete Transportverhältnisse werden es jedem Volksgenossen ermöglichen, seine notwendigen Reisen zu unternehmen. Daher soll eine endgültige Regelung des Verkehrswesens durch die Eisenbahnverwaltung erfolgen. Ganz richtig ist es, wenn gesagt wurde, daß das Transportwesen der Herzschlag des Landes ist. Wir haben das in dem Moment gespürt, als die Eisenbahn ihre Tätigkeit einstellen mußte und dadurch momentan alles darniedergelegt ist.

Wenn man sagt, daß es die Eisenbahner gewesen sind, die sogleich in den ersten Tagen die Initiative ergriffen haben, so möchte ich dazu nur aus unserem Bezirk ein Beispiel anführen. Wir, die wir in einer Stadt leben, die im Verhältnis zu anderen Städten Niederösterreichs am schwersten mitgenommen wurde und die in einem Umkreis von sieben Kilometern überhaupt kein Geleise gehabt hat, haben es möglich gemacht, binnen acht Tagen mehrere Geleise zu legen, so daß wir aus unserem Bezirk schon am achten Tag den ersten Waggon Milch nach Wien liefern konnten. Es ist aber nicht damit abgetan, daß der kleine Mann, der Arbeiter und Angestellte, die Initiative ergreift, um das Verkehrswesen in Tätigkeit zu bringen, sondern ich möchte ersuchen, daß sich die zuständige Verwaltung damit befaßt und alles tut, um die Transportverhältnisse zu verbessern, damit jeder Volksgenosse, vor allem der Arzt und die Schulkinder, die notwendigen Fahrten machen können und wir auch in der Lage sind, die Kranken ins Spital zu bringen. Aus diesem Grunde ist es auch notwendig, daß bei der Autozuweisung in erster Linie die Ärzte berücksichtigt werden, und nicht Elemente, die Autos nicht oder nicht notwendig brauchen. Diese sollen lieber arbeiten, damit der kranken und notleidenden Bevölkerung ihr Recht werden

kann. (*Zwischenruf: 90 Prozent dieser Leute sind Pg.*)

Die Eisenbahnverwaltung müßte auch aufmerksam gemacht werden, daß auf jenen Strecken, die Kurzstrecken sind, wenn schon der Großbetrieb nicht eingeschaltet werden kann, Triebwagen oder Schienenautobusse in Betrieb genommen werden, die in der Lage sind, mit einem oder zwei Waggons die Schüler in die Schule zu führen.

Wir haben uns damit geholfen, daß wir, um es den Schülern zu ermöglichen, die Schule zu besuchen, trotz der großen Wohnungsnot in der Stadt drei Schülerheime eingerichtet haben, wo die auswärts wohnenden Schüler über Nacht bleiben können. Es geht nicht an, daß immer der Arbeiter und Angestellte und der kleine Mann alle Opfer auf sich nimmt. Es müssen endlich einmal die höchsten Stellen eingreifen, damit diese ganzen Transportfragen zugunsten der Gesamtbevölkerung geregelt werden. (*Beifall.*)

Abg. SCHWARZOTT: Hohes Haus! Als vor Jahresfrist alles zusammenbrach, waren es einige wenige Transportunternehmer, die sich in Tag- und Nachtfahrten mit Monatsleistungen bis zu 6000 Kilometern dafür eingesetzt haben, daß insbesondere die Bevölkerung in den Notstandsgebieten mit dem Notwendigsten versorgt werden konnte. Es muß dieser Unternehmer und Chauffeure dankbarst gedacht werden. Jetzt, wo die Sache etwas leichter scheint, schalten sich unglaublich viele Menschen ein, die glauben, das Transportproblem auf irgend eine Art und Weise zu lösen. Menschen aus den Werkstätten heraus, Automechaniker usw., kurz jeder sucht sein Heil in einem Autounternehmen, wodurch dem bodenständigen Unternehmer die Existenzgrundlage entzogen wird. Tausende von Konzessionsansuchen häufen sich, aber überall fehlen die notwendigen Voraussetzungen. In erster Linie wäre die strengste Überprüfung sämtlicher Lastkraftwagenbesitzer auf ihre Berechtigung und Kenntnisse notwendig. (*Beifall.*) Man müßte die Fahrzeuge jenen Unternehmern geben, die wirklich für die Öffentlichkeit und für die Wirtschaft etwas übrig haben, aber nicht Menschen, die in kurzer Zeit Gewinne einheimen wollen, statt sich für die Allgemeinheit einzusetzen und etwas zu leisten. Gegen diese Menschen müßte rücksichtslos vorgegangen werden. Gegen sie müßte sofort mit dem Entzug der Lastkraftwagen vorgegangen werden, wenn konstatiert wird, daß sie diese zur Preistreiberei oder zum Schwarz- und Schleichhandel mißbraucht haben. Für die bodenständigen Transportunternehmer bitte ich in erster Linie um Reifen und wieder Reifen,

um Autos und wieder Autos. Sie werden, wenn sie das Notwendige bekommen, die Schwierigkeiten in jeder Weise meistern, dafür kann ich Ihnen die Versicherung geben. *(Beifall.)*

Abg. STERN: Hoher Landtag! Es ist hier viel vom Verkehr und vom Autotransportwesen gesprochen worden. Ich als Eisenbahner kann Ihnen sagen, daß der Transport nicht allein deswegen erlahmt, weil wir zu wenig Maschinen oder Kohle haben oder irgend etwas anderes daran Schuld ist, sondern die Sache ist so, daß die Eisenbahn dazu verpflichtet wird, bestimmte Züge zu führen. Auf der Strecke Wien—Tulln fährt ein Amerikanerzug bis Langenlebrn. Dieser wird aber nicht entsprechend ausgenützt, denn ich habe gestern selbst gesehen, daß er nur von 57 Personen besetzt war. Daneben sind die Leute gestanden und konnten diesen Zug nicht benützen. Da müßte also bei den Alliierten der Hebel angesetzt werden, damit die Transportmittel wirklich sachlich ausgenützt werden.

Was den Transport mit Autos anbelangt, so muß ich sagen, daß es früher geheißen hat, daß die Köb die Transportberechtigung gehabt hat, denn man hat gesagt, das Transportwesen ist Sache des Staates. Wenn wir das Autotransportwesen jetzt wieder dem Staate übergeben und somit die Eisenbahn den Autotransport betreibt, dann kann das, was gesagt wurde, nicht vorkommen. Ich spreche hier den Verdacht aus, daß in unserer Eisenbahnverwaltung wieder solche Verkehrsmeier sitzen, die darauf warten, daß sie mit den Autos Privatgeschäfte bekommen und der Staat kann dabei durch die Finger schauen.

Was die Hamstererfrage betrifft, so kann ich nur sagen, von der Eisenbahn aus ist da genug geschehen. Wir haben Leute, welche ohne Fahrkarte im Zuge angetroffen worden sind, mit einer Strafe von 50 Schilling belegt und ihnen außerdem den doppelten Fahrpreis vorgeschrieben. Wen hat das aber wiederum getroffen? Der Bauer, der, wie schon gesagt wurde, einmal in die Stadt um ein paar Nägel gefahren ist und den Zug vielleicht noch knapp erreicht hat, also wieder der arme Teufel hat auf diese Weise 50 Schilling Strafe zahlen müssen, während die Hamsterer, die schon alle Schliche kennen, von einer solchen Strafe nicht berührt wurden.

Wenn Sie in der Hamstererfrage wirklich Abhilfe schaffen wollen, dann möchte ich auch ein Wort den Bauern sagen: Jagen Sie diese Herrschaften von Ihrem Hof und geben Sie ihnen nicht soviel! *(Beifall links.)*

Es gibt auch noch andere unliebsame Erscheinungen. Ich sehe das im Tullner Bezirk.

Ich bin selbst Herrschaften auf die Spur gekommen, die Pferde von der Bauernkammer zugewiesen bekamen, das Pferd aber geschlachtet und das Kilogramm Fleisch um 50 Schilling im Schleichhandel verkauft haben. Wenn sich ein Bauer dazu hergibt, so ist das traurig. Diese Schleichhändler müssen wir einmal vom Verkehr ausschließen, dann können auch unsere Kinder wieder in die Schule fahren. Es blutet einem das Herz, wenn man sieht, wie die Kinder auf der Landstraße trippeln und auf der anderen Seite die Züge von Leuten benützt werden, die ausgerackerten Arbeitern in der Großstadt das Kilogramm Robfleisch um 50 Schilling verkaufen.

Man soll also in erster Linie auf diese Art von Menschen schauen, damit dieser Schleichhandel einmal aufhört, dann wird wieder die Zeit kommen, wo wir sagen können, wir machen auf der Eisenbahn eine Fahrt ins Blaue. Wir laden immer die Leute ein zum Fahren und andere Leute warten nur darauf, wie sie der Eisenbahn das Geschäft wegnehmen können.

Wenn wir die Eisenbahn aufbauen wollen, müssen die Betriebsmittel dem Staate gehören und nicht gewissen Unternehmern, die damit ihre Geschäfte machen wollen.

3. PRÄSIDENT: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter KOPPENSTEINER: Die rege Beteiligung an der Debatte zeigt, daß die Frage wirklich brennend ist und einer dringenden Lösung bedarf.

Ich möchte noch hinzufügen, daß sich die Hohe Landesregierung auch bemühen soll, das Zistersdorfer Erdöl freizubekommen. Das ist unbedingt notwendig, denn wir brauchen dieses Öl zu Kompensationszwecken. Dafür werden wir genügend und hochwertige Kohle bekommen können.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Antrag annehmen zu wollen.

Er lautet *(liest)*:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

„1. An die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, bei der Alliierten Kontrollkommission nachdrücklich darauf zu verweisen, daß ohne Intensivierung des Eisenbahn- und Transportwesens in Niederösterreich jedweder Wiederaufbau eine Utopie bleiben muß. In diesem Zusammenhang wäre darauf aufmerksam zu machen, daß die für den Bahnverkehr notwendige Kohle und ein ausreichender Bestand an Lokomotiven und Waggons im Wege von Handelsverträgen beschafft werden

könnten, wenn Österreich das Verfügungsrecht über seine Bodenschätze, vor allem sein Erdöl, zurückerhielte.

2. Mit der Bundesbahndirektion das Einvernehmen zu pflegen, daß die allmähliche Inbetriebnahme der einzelnen Eisenbahnstrecken planvoll erfolge, das heißt mit Bedachtnahme auf Anschlußverbindungen, auf die Notwendigkeiten des Wiederaufbaues, des Nahrungsmitteltransportes und der Beförderung von Arbeitern zu ihren Betriebsstätten. Die bisherigen Ansätze eines Verkehrs in Niederösterreich entsprechen nicht diesen Forderungen.

3. Die Besatzungsmacht in Niederösterreich zu ersuchen, die Bestrebungen der Landesregierung in dieser Hinsicht nach Kräften zu unterstützen.“

3. PRÄSIDENT: (*Abstimmung*) A n g e n o m m e n.

Das Hohe Haus gelangt nun zur Beratung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Zach, Buchinger, Bartik, Bogenreiter, Dienbauer, Findner, Tesar, Schwarzott, Riefler, Endl, Kuchner, Legerer, Mitterhauser, Naderer und Genossen, betreffend Hilfe für die durch Bomben und andere Kriegshandlungen am meisten geschädigten Gemeinden.

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem ersten Antragsteller, Herrn Abgeordneten Z a c h, das Wort.

Berichterstatter ZACH: Hoher Landtag! Ich möchte Sie bitten, daß Sie diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Es handelt sich hier um ganz dringend notwendige Arbeiten im Interesse der Gesundheit und der Wirtschaft, die dringendst in Angriff genommen werden müssen. Daher bitte ich das Hohe Haus, dem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen.

3. PRÄSIDENT: (*Abstimmung über die Dringlichkeit*) A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter zum Meritum des Antrages zu berichten.

Berichterstatter ZACH: Meine sehr verehrten Mitglieder des Hohen Landtages! Eingangs möchte ich dem Herrn Landeshauptmann und der gesamten Landesregierung herzlichen Dank dafür sagen, daß sie in den vergangenen Wochen eine Wiederaufbauenquete einberufen haben, in der wertvolle Anregungen und Beschlüsse für die weitere Planung des Wiederaufbaues gefaßt worden sind. Es scheint jedoch, daß den augenblicklichen Notwendigkeiten zuwenig Augenmerk zugewendet wurde. Ich habe mich daher veranlaßt gefühlt, heute diesen Antrag mitzuunterzeichnen und dazu einiges zu sagen.

Es hat sich nämlich in denjenigen Gemeinden, die wirklich zu 90 oder mehr Prozent zusam-

mengeschlagen worden sind, gezeigt, daß die Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, die mit diesen Fragen zusammenhängenden Lasten zu tragen. Man kann kaum einen Schritt auf die Gasse machen, ohne gefragt zu werden, werden wir wieder aufbauen können, wird es eine Möglichkeit geben, wieder ein Heim und eine Betriebsstätte in Wiener-Neustadt und in den übrigen Orten zu schaffen?

Ich glaube daher, daß es notwendig sein wird, daß für den Wiederaufbau geradezu ein Werbefeldzug veranstaltet wird. Die gesamte Bevölkerung muß in der Presse, in Versammlungen, in der Schule usw. darauf hingewiesen werden, daß es unbedingt notwendig ist, dieser Frage das gesamte Augenmerk zuzuwenden, denn wenn das nicht geschehen würde, bestünde die Gefahr, daß die Niedergeschlagenheit, die bereits besteht, zu einem Fehlschlag des Wiederaufbaues führen könnte. Daher glaube ich, daß man dieser Notzeit entsprechend auch den Mut haben soll, außergewöhnliche Dinge anzuregen, ich will nicht sagen vorzuschlagen oder gar gleich zur Beschlußfassung vorzulegen.

Es hat sich zum Beispiel in Wiener-Neustadt in der letzten Zeit gezeigt, daß gewisse Krankheiten, wie Malaria und noch andere auftreten und daß die Sprengtrichter, wo das Wasser steht, zu Brutstätten für solche Krankheiten werden. Daher wird es notwendig sein, diesen Gemeinden zu Hilfe zu kommen. Ich weiß, daß gesagt wird, es ist das nicht möglich, aber das muß möglich werden, es müssen eben die unbedingt notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Es ist sehr lobenswert, daß die Gemeindeverwaltung von Wiener-Neustadt und vor allem der Herr Bürgermeister Wöhrl die dreißigstündige Arbeitspflicht für alle Bewohner von Wiener-Neustadt angeordnet hat. Alle sind verpflichtet, innerhalb von zwei Monaten 30 Arbeitsstunden außer ihrer Berufstätigkeit zu leisten.

Ich möchte bitten, über diesen Gegenstand etwas nachzudenken. Wenn Sie bedenken, daß es sich hier um eine Bevölkerung handelt, die durch die Bombenangriffe am meisten mitgenommen wurde und deren Nervenkraft erschöpft ist, die auch in der Ernährungsfrage durch Monate hindurch am schlechtesten daran war und jetzt noch eine Arbeitsleistung über die normale Beschäftigung hinaus auf sich nimmt, dann ist zu befürchten, daß, wenn hier nicht kräftig geholfen wird, das Gegenteil von dem eintreten könnte, was man will, nämlich, daß diese Leute zusammenbrechen und nicht einmal mehr ihre normale Berufstätigkeit ausüben können.

Daher möchte ich bitten, daß wirklich das gesamte Land Niederösterreich, wenn wir auch alle arm sind, zusammenhelfen, um diesen Leuten wieder Mut und Kraft zu geben. Es wird auch notwendig sein, daß sich mit dieser Frage, mehr als es bisher geschehen ist, die Schule beschäftigt. Man muß der Jugend sagen: für dich wird der Wiederaufbau geleistet und daher sollst du auch mithelfen. Ich weiß schon, daß es heute vielerorts gefährlich erscheint, wenn man so etwas sagt, wir müssen aber die Jugend, wenn auch nur für einige Wochen während des Jahres zusammenfassen, damit sie gemeinsame Arbeit für den Wiederaufbau leistet.

Ich will keinen Namen und keine Bezeichnung für diese Arbeit vorschlagen, wenn aber der Jugend gesagt würde, in diesem Gebiet gibt es Holz zu schlägern, das schwer bringbar ist, aber wir haben keine Fahrzeuge, daß es herbeigebracht werden kann, aber geschlägert und ins Tal herunter gebracht werden muß es, dann wird diese Jugend gewiß mit dabei sein und drei bis vier Wochen mithelfen.

Ich will mich ganz kurz fassen und nur andeuten, daß es auch notwendig sein wird, jetzt in der toten Zeit, wo der Frühjahrsanbau vollendet ist und in den landwirtschaftlichen Betrieben die Traktoren und Fahrzeuge nicht mehr unbedingt notwendig sind, diese für die notwendigen Aufräumungs- und Planierungsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Weiter ist es notwendig, daß mit den Besatzungsbehörden Fühlung genommen wird, damit gewisse kleinlich erscheinende Dinge, wie zum Beispiel Wasserstiefel, wenigstens in bescheidenem Maße zur Verfügung gestellt werden, weil es sonst unmöglich ist, Kanalisierungsarbeiten im Sommer durchzuführen.

Das sind unbedingt notwendige Voraussetzungen, um die sanitären Verhältnisse so zu gestalten, daß wir sagen können, wir sind an dem Ausbruch von Krankheiten nicht mitschuldig geworden. Ich weiß schon, daß diesbezüglich sehr viele Bemühungen gemacht werden, ich betone aber, daß meine Ausführungen keine Kritik, sondern nur Anregungen sein sollen. Es soll ein edler Wettstreit unter den einzelnen Gruppen entstehen, wer mehr für den Wiederaufbau beiträgt. Es wird immer gesagt, daß die ganze Frage nur eine Transportfrage ist. Es gibt aber Tausende und aber Tausende Kubikmeter Schotter, die nur vorzubereiten sind, und dazu brauchen wir noch keine Fahrzeuge; es gibt weiter Tausende und aber Tausende Kubikmeter Holz zu schlägern und diese Holz mengen werden auch nicht gleich abtransportiert, aber vorbereitet werden müssen sie.

Ich möchte daher bitten, daß sämtliche verfügbaren Gelder und Kräfte in den Dienst dieser Sache gestellt werden.

Ich möchte weiter noch sagen, daß wir auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes und der Arbeitsleistung einer gewissen ansteckenden Krankheit entgegenarbeiten müssen. Es gibt nicht nur in körperlicher, sondern auch in geistiger und moralischer Beziehung Seuchen, die immer mehr um sich greifen, indem so mancher sagt, jeder ist blöd, der sich beim Wiederaufbau einen Finger ausreißt oder sich ein Haxl verstaucht. Ich sage das deswegen, weil ein Heimkehrer zu mir gekommen ist und gesagt hat, jetzt werden wir beim Wiederaufbau mithelfen; nach zwei Monaten habe ich denselben wieder auf der Straße getroffen und ihm gesagt: Mir scheint nicht, daß Sie sich in den Wiederaufbau eingeschaltet haben. Er hat mir geantwortet: Ich allein, warum nicht auch die anderen, die schon länger da sind? Mir scheint das die größte Gefahr zu sein, die dem Wiederaufbau und der gesamten Wirtschaft droht.

Es muß der Grundsatz sein, daß diejenigen, für die aufgebaut und geplant wird, selbst dabei mitarbeiten. Ich spreche hier ein offenes Wort aus: Es dürfen nicht nur die dauernd oder vorübergehend aus der Familiengemeinschaft des Volkes Ausgestoßenen den Wiederaufbau allein durchführen. Es wird vielmehr notwendig sein, daß wirklich mit der Arbeitspflicht, die schon ziemlich lange beschlossen wurde, endlich ernst gemacht wird. Im Winter hat man gesagt, es geht aus diesen oder jenen Gründen nicht; es gibt aber immer noch zu viele Arbeitskräfte, die nicht eingesetzt werden. Wenn gesagt wurde, in der Verkehrsfrage muß die übergroße Milde schwinden, dann auch hier, da darf es keine Unterschiede geben, weder unter den Parteien, noch unter den Ständen. Es muß überall der Grundsatz vorherrschen, jeder hat zu arbeiten, der von diesem bescheidenen Stückchen Brot, das unserer Bevölkerung gegeben wird, mitessen will. Dann werden wir die Wirkung schon in der nächsten Zeit sehen, wenn in diesem Ernährungspunkt unbarmherzig durchgegriffen wird. Der Grundsatz: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen, muß in dieser harten Notzeit ein Wahrwort werden! (*Beifall rechts.*)

Weiter ist es notwendig, daß bei den Besatzungsmächten wirklich alles aufgeboten wird, daß sie uns zu Hilfe kommen. Ich sage mit einer gewissen Befriedigung, daß ich die Überzeugung habe, daß sich schon manches zum Besseren gewendet hat und daß auch das gegenseitige Verstehen besser geworden ist. Lassen wir es aber nicht dabei bewenden. Jeder

soll seinen ganzen Einfluß und seine Verbindungen ausnützen für den einen Gedanken: Es gilt dem Volke! Da jeder Mensch den Drang in sich hat, für die Sache, für die er am meisten zu arbeiten hat, auch mitzuberaten und mitzugestalten, so soll er auch sagen: Weil ich in der Zukunft das erste Wort reden will, so muß ich auch alles aufbieten, um diese Zukunft möglichst schön zu gestalten. Es muß das Bestreben aller sein, an der geleisteten Arbeit Freude zu haben, denn sonst muß — wenn auch der eine oder andere auf irgend einem Gebiet Schiffbruch leidet — die gesamte Bevölkerung die Zeche bezahlen.

Ich bitte daher den Herrn Landeshauptmann und die Landesregierung sowie auch sämtliche Mitglieder dieses Hohen Hauses, helfen Sie mit, die Voraussetzungen zu schaffen, damit nicht die Ärmsten der Armen den letzten Rest des Lebensmutes verlieren. Sorgen Sie auch dafür, daß jedes Fahrzeug ausgenützt wird und nicht eine Stunde rastet, bevor nicht diese unbedingt lebensnotwendigen Vorarbeiten — so möchte ich sie nennen — für den Zweck des Wiederaufbaues geleistet sind. (*Großer Beifall.*)

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hoher Landtag! Mit Recht hat der Herr Vorredner hier angedeutet, daß bei der schwierigen Aufgabe des Wiederaufbaues zwei Probleme vor allem zu beachten sind. Das materielle Problem, das sich damit zu beschäftigen hat, wie wir die Mittel zum Wiederaufbau bekommen, wie wir das Material, das für den Wiederaufbau notwendig ist, vorbereiten und herbeischaffen. Damit ist das zweite Problem des Transportes sowie die Frage gekennzeichnet, wie wir alle diejenigen, die wir in diesen Wiederaufbau eingliedern, so ernähren, daß sie den Aufgaben dieses Wiederaufbaues gewachsen sind. Es wird ja heute im Laufe der Debatte hier dargelegt werden, daß der niederösterreichische Landtag die Vorsorge für diese Dinge getroffen hat, indem er eine Kommission einberief, die sich mit dem Wiederaufbau zu befassen hat. Das Wichtigste, und damit stimme ich dem Herrn Vorredner bei, ist aber die Schaffung der seelischen Grundlagen für diesen Wiederaufbau und darin mangelt es noch, geben wir es ganz ruhig zu, allerorts. Es ist das nicht vielleicht nur vom rein politischen Standpunkt aus klarzulegen und es liegt nicht darin, daß im Zusammenspiel der Parteien, wie es hier und da dargestellt wird, man auf die eine oder andere Partei und deren Anhänger vergißt, sondern es handelt sich hier um eine Erziehungsaufgabe des ganzen Volkes, ausgehend von all den Faktoren, die sowohl im Parteileben, als auch außerhalb des Parteilebens die entsprechende Rolle zu spielen haben.

Da ist es, wie richtig gesagt wurde, die Schule vor allem, die hier in dieses Wiederaufbauproblem eingeschaltet werden muß. Wenn ich zum Beispiel bedenke, daß in St. Pölten, das ja nicht in dem Maß getroffen wurde wie Wiener-Neustadt, das Schulviertel durch Bombenangriffe so zerstört wurde, daß nicht abzusehen ist, wie viele Jahre notwendig sein werden, um diese Schäden wieder gut zu machen, dann ist es eben in erster Linie eine Schulfrage, die uns St. Pöltner nötigen wird, in allen Erziehungsproblemen, die wir vor uns haben — und es sind derer nicht wenige nach diesem Kriege —, vor allem die Frage des Wiederaufbaues zum Kardinalproblem auszuwählen. Dabei denken wir natürlich nicht nur an die Schule, sondern auch an die Jugend überhaupt, die durch die Folgen dieses unseligsten aller Kriege ganz aus dem Geleise gekommen ist. Der Wiederaufbau ist eine Aufgabe, die der besten Köpfe bedarf, um, ohne Unterschied der politischen Anschauungen, eine gemeinsame Basis zu finden, um besonders die Jugend, von der wir bedauernd feststellen müssen, daß sie sich bis jetzt fernhielt von allen ernststen Fragen, so aufzuklären und sie so zu führen, daß sie für diese brennenden Fragen das nötige Interesse und das nötige Pflichtgefühl aufbringt, das notwendig ist, um bei dem Wiederaufbau mit ihren Kräften, die ja schon entsprechend ihres Alters oder entsprechend der Ernährung natürlich nicht einen Ersatz der Berufsarbeit darstellen können, mitzuhelfen. Es ist deswegen nicht überflüssig, wenn wir allerorten, und auch hier im Landtag, diese Frage immer wieder ins Auge fassen und uns darüber nicht nur aussprechen, sondern ernsthaft die Lehrerschaft, die Erzieherchaft und alle diejenigen Kreise der Parteien, die sich mit dem Jugendproblem beschäftigen, auffordern, mit konkreten Vorschlägen in kürzester Zeit vor die Öffentlichkeit zu treten, um die Eingliederung der Jugend in den Wiederaufbau vornehmen zu können. Es müssen aber auch alle anderen Kreise bestrebt sein, bei diesem Wiederaufbau mitzuarbeiten. Und da ist es notwendig, daß wir die öffentlichen Mittel der Propaganda, wie wir sie ja besitzen im Film, im Lautsprecher und in der Presse, unablässig in den Dienst dieser Sache stellen. Es möge in der nächsten Zeit in Österreich viel weniger von all der Kultur gesprochen werden, auf die wir so stolz sind und die wir jetzt bestrebt sein müssen wieder zu erlangen, sondern es ist das Wichtigere, daß alle öffentlichen Veranstaltungen sich hauptsächlich mit dem Problem des Wiederaufbaues und der Notwendigkeit der Mitarbeit aller Kreise befassen. Es ist selbstverständlich und ich

setze es voraus, weil wir wissen, daß in manchen Kreisen auch die Kirche noch einen entsprechenden Einfluß hat, daß auch sie diesen Einfluß benützt, um diejenigen, die auf sie hören, mit diesem Problem bekanntzumachen und sie mit der Autorität, die sie über diese Kreise besitzt, aufruft, wirklich an diesem Wiederaufbauprogramm mitzuhelfen. Soweit über das Seelische, das notwendig ist, um die Bevölkerung wirklich mit dem Ernst der Lage bekanntzumachen.

Aber auch das materielle Problem bedarf nach wie vor einer Lösung und da ist es besonders die Herbeischaffung der notwendigen Werkzeuge. Ich kann da ein kleines Beispiel geben, wie es mit diesen Dingen im Argen liegt. Wir beschäftigen ja, so wie alle anderen Städte, besonders Sonntag die Nationalsozialisten, um den Schutt von den Straßen zu schaffen, Bombentrichter auszugleichen und all die Dinge mehr. Wir haben zu diesem Zweck ungefähr in St. Pölten 300 Nationalsozialisten eingeteilt, und zwar hauptsächlich aus den Teilen dieser ehemaligen politischen Bewegung, die schon im Jahre 1938 sich zu dieser Partei bekannten und die also auch führend in der Partei tätig waren. Wir haben aber trotz der 300 Leute, die wir da aufgebracht haben, nur für 70 Leute Werkzeuge. Die Frage der Werkzeuge ist es eben, die selbst in einer so großen Stadt wie St. Pölten, so dringend ist. Es soll aber, wie heute bereits angedeutet wurde, der Wiederaufbau nicht zu einer Sache der schuldigen Nationalsozialisten allein, sondern zu einer Sache der ganzen Bevölkerung gemacht werden. Wir sollen uns in der Zukunft nicht nur auf jene verlassen, sondern wir sollen der ganzen Bevölkerung klar machen, daß es eine Pflicht für alle ist, und da ist es eben die Frage der Werkzeuge, die eine besondere Rolle spielt. Es wird in den nächsten Sitzungen des Hohen Landtages aber auch einer Überlegung bedürfen — damit wird sich ja auch die Wiederaufbaukommission zu beschäftigen haben —, wie wir die entsprechenden Kräfte für den Wiederaufbau, hauptsächlich die Kräfte, die eine gewisse Fachkenntnis haben müssen, frei bringen. Die Frage, wie wir gewisse Fachkenntnisse den Leuten vermitteln, die früher in ganz anderen Sparten gearbeitet haben, ist ein ganz dringendes Problem. Aber eine Frage muß in der Öffentlichkeit bei der Erörterung dieser und anderer Fragen, die uns Österreicher bedrücken, mit allem Freimut immer wieder ausgesprochen werden. Wir wissen, daß das Wichtigste auf allen Gebieten, so auch auf dem Gebiet des Wiederaufbaues und der Ernährung, die Selbsthilfe ist. Wir haben schon oft davon gesprochen und man

kennt uns Österreicher, daß wir zu dieser Selbsthilfe entschlossen sind. Dieser Wille zur Selbsthilfe setzt aber voraus, daß all das, was uns in dieser Selbsthilfe hinderlich im Wege steht, beseitigt wird, und das sind Dinge, die immer wieder gesagt wurden und die in die Welt hinauszusagen wir nicht müde werden dürfen. Wir haben eine im Vergleich zu der Bevölkerung und zu den materiellen Hilfsmitteln des Landes zu große Besetzung und wir müssen immer wieder feststellen, daß diese Besetzung in manchen Dingen, besonders wo es sich um Hilfsmittel des Transportes oder um die Ernährung handelt, uns noch mehr bestehen könnte, als es bisher der Fall war. Sprechen wir diese Dinge offen und immer wieder aus. Richten wir sie an die richtige Adresse. Ich bin der festen Meinung, daß die Besetzung, die uns aus dem schwersten herausgeholfen hat, mit der Zeit einsehen wird, daß wir ihrer Hilfe auch beim Wiederaufbau bedürfen und daß es uns dann gelingen wird, alle Aufgaben zu erfüllen, die wir von uns haben. *(Beifall links.)*

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Hinsichtlich des Gegenstandes des heutigen Dringlichkeitsantrages sind wir der Ansicht, daß die Wiederaufbaukommission, die geschaffen wurde, sich mit dieser Frage zu beschäftigen hätte. Nichtsdestoweniger sind wir bereit, diesem Antrage unsere Zustimmung zu geben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Lage der durch die Bombenangriffe so schwer getroffenen Städte und Gebiete einfach einer Lösung zugeführt werden muß. Wenn hier gesagt wird, daß es notwendig ist, diesen schwer betroffenen Städten Hilfe zu bringen, so möchte ich diese Gelegenheit zum Anlaß nehmen, um die Stadtgemeinde Wiener-Neustadt, die ganze 18 Häuser unbeschädigt durch den Bombenkrieg hindurchgebracht hat, anzuführen und an die Hohe Landesregierung das Ersuchen zu richten, bei den Besatzungsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß diese Stadt in Zukunft von den Einquartierungen mehr verschont werden soll. Es gibt in Wiener-Neustadt Familien, die sechs- und mehrmal ihre Wohnung wechseln mußten, weil immer wieder eine neue Einquartierung in ihre Wohnung hinein verlegt wurde. Es gibt dort Familien, die von einem Tag auf den anderen gezwungen waren, ein Notquartier zu suchen und zu finden und die Stadtgemeinde und der Bürgermeister wissen nicht, wo und wie sie die Leute zusammenpferchen sollen, damit für die Besatzungskräfte die notwendigen Quartiere, die angefordert werden, zur Verfügung gestellt werden können.

Ich möchte daher dringend bitten, bei der Besatzungsmacht vorstellig zu werden, um in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen.

Außerdem wurde vom Herrn Abgeordneten Zach die Arbeitsunwilligkeit erwähnt. Ich muß schon sagen, daß eine Arbeitsunwilligkeit bis zu einem gewissen Grade in gewissen Kreisen vorhanden ist, wir müssen aber auch untersuchen, warum sie vorhanden ist. Wenn man gezwungen ist, mit 500 oder 600 Kalorien das Leben fristen zu müssen, dann ist eben bei niemandem eine Arbeitswilligkeit zu verlangen und von niemandem zu erwarten, daß er mit Begeisterung in die Arbeit geht, um so mehr, wenn er feststellen muß, daß alle jene, die sich im Schleichhandel betätigen, bedeutend besser und angenehmer leben. Wenn hier die schärfsten Maßnahmen gegen die Arbeitsunwilligkeit gefordert werden, dann muß ich sagen, wir sind hiezu sofort bereit, aber nur unter der Voraussetzung, daß ebenso radikale Maßnahmen gegen jene getroffen werden, die sich in den Reihen der bäuerlichen Bevölkerung ihrer Ablieferungspflicht entziehen. Es gibt hier noch eine Menge Menschen, die noch immer nicht begriffen haben, daß sie nicht nur deshalb produzieren, um etwas zu verdienen, sondern daß ihre Produkte auch dazu dienen, um der arbeitenden Bevölkerung zugeführt zu werden, damit die Industriearbeiterschaft arbeitsfähig bleiben kann.

Wenn Sie die Ernährungslage in unserem Gebiet betrachten, so müssen wir feststellen — es war heute eine Delegation von Bürgermeistern des Landbezirkes Wiener-Neustadt beim Herrn Landeshauptmann —, daß unsere Lage eine derartige geworden ist, daß alle Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, damit die Ernährungsfrage geregelt wird. Wenn Herr Abgeordneter Zach meint, daß eine Propaganda für den Wiederaufbau im ganzen Lande zu veranstalten notwendig wäre, dann glaube ich, daß es nicht notwendig ist, propagandistische Veranstaltungen für den Wiederaufbau in die Wege zu leiten, notwendig ist einzig und allein, endlich mit dem Wiederaufbau zu beginnen. *(Beifall links.)*

Abg. BUCHINGER: Hoher Landtag! Wenn heute schon sehr viel von dem Wiederaufbau gesprochen worden ist, so ist es begreiflich. Solange aber Österreich der Spielball der Weltpolitik ist, solange werden wir in Österreich zu keinem Aufbau kommen. Der Wiederaufbau unseres Landes ist nicht nur durch die Kriegsergebnisse und die Nachwirkungen des Krieges schwer gehindert, sondern er ist in noch höherem Ausmaße dadurch gehindert, daß ganze Ruinenfelder vorhanden sind und Vieh, Ge-

spanne sowie landwirtschaftliche Maschinen fehlen. Ich selber habe gesehen, daß Bauern bei der Bestellung ihrer Äcker Frauen und Kinder vor den Pflug gespannt haben und der Bauer den Pflug geführt hat. Das sind gewiß bedauerliche Verhältnisse.

Wir sehen weiter, wie ganz kleine Gemeinden, wie zum Beispiel Laxenburg, die einmal beliebte Ausflugsgebiete und an Sonntagen von hundert- und tausenden Menschen bevölkert waren, so daß diese Gemeinden große Einnahmen gehabt haben, dem sinnlosen Nazifaschismus zum Opfer gefallen sind. Wir sehen in Laxenburg den Schloßpark und die einstigen kaiserlichen Gemächer in Grund und Boden versinken, es gibt dort keinen Dachstuhl, in den Zimmern keinen Plafond, keinen Fußboden und auch keine Möbel, die nicht etwa heute oder morgen für den Kaiser, sondern für den Fremdenverkehr dienen sollten. Diese Möbel wurden einfach zerschlagen und verheizt. Das sind sehr bedauerliche Sachen, die wir aber hinnehmen müssen.

Noch bedauerlicher ist es, wenn man zusehen muß, wie gerade die Faschisten, die noch immer ihre Verbindungen haben, ihre Häuser wieder instandsetzen, die Dächer eindecken usw., während die anderen, die Nichtfaschisten, zusehen müssen, wie sie keine Ziegel, keine Dachpappe usw. bekommen können.

Diese Dinge sind auch gestern im Wirtschaftsausschuß zur Sprache gekommen. Früher hat es sogenannte kommissarische Leiter gegeben und da hat man etwas bekommen. Die Geschäfte sind den Nazi wieder zurückgegeben worden und wir bekommen heute nicht einmal um zehn Groschen Nägel. Das sind Sachen, die schärfstens zu verurteilen sind. Wenn heute jemand ein Recht zur Kritik an diesen Zuständen hat, dann sind es die Antifaschisten, aber niemals die Faschisten. Diese Herren haben nicht gefroren und sie haben mehr Lebensmittel bekommen als die übrige arbeitende Bevölkerung. Es wäre wirklich hoch an der Zeit, daß wir alles das ins Auge fassen und diesen Herren endlich einen Riegel vorschieben. Es gibt noch solche Menschen, die ihre Verbindungen haben, um alle diese Sachen zu erreichen.

Ich bitte daher beim Wiederaufbau zuerst die Antifaschisten zu befriedigen und den ehemaligen Faschisten zu ihren Dingen erst dann, wenn es überhaupt notwendig ist, zu verhelfen. *(Beifall.)*

Abg. BARTIK: Hoher Landtag! Ich möchte zu der Frage des Wiederaufbaues kurz einige Anregungen geben.

Nachdem der Herr Antragsteller vorher selbst gesagt hat, es sollen Anregungen gege-

ben werden, so erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß es da verschiedene Dinge gibt, die wir unter allen Umständen beachten müssen. Es gibt eine Gruppe von Leuten, die kein Haus und auch sonst nichts verloren haben. Es gibt aber auch Leute, die ihr ganzes Hab und Gut verloren haben und dazu noch eine Wohnung, die ihnen zwar nicht gehört hat, aber sie haben sie bewohnt. Solche Leute gibt es Tausende und aber Tausende. Es gibt Familien, die Ersparnisse ihres ganzen Lebens in ihre Wohnung hineingesteckt haben. Auch diesen Leuten muß endlich in irgend einer Form geholfen werden. Diese Leute haben zwar noch in der Nazizeit Bombenscheine bekommen, auf denen vermerkt wurde, wie hoch der Verlust ist, das ist aber auch schon alles. Sie haben bis heute noch immer diesen Schein, worauf steht, welcher Wert ihnen zugrunde gegangen ist. Wenn wir bedenken, daß unter diesen Leuten auch Kriegerwitwen mit Kindern sind, die auch nur so einen Schein besitzen und sonst nichts haben als ihre Kinder, für die sie allein aufkommen müssen, für Unterhalt, Kleidung usw., Wohnung haben sie ja keine mehr, so muß ich sagen, für diese Frauen muß endlich etwas geschaffen werden, damit sie überhaupt wieder eine Lebensmöglichkeit haben. Diese Frauen sind allein nicht imstande, für den Unterhalt ihrer Kinder zu sorgen und sich wieder neue Einrichtungsgegenstände anzuschaffen. Es wäre daher von staatswegen dafür Sorge zu tragen, daß diese ausgebombten Leute in irgend einer Form entschädigt werden.

Es gibt auch eine Gruppe von Altersrentnern, alte Frauen und Männer, die sich ihr ganzes Leben lang geplagt und gespart haben und die alles verloren haben.

Es gibt noch eine weitere Gruppe von Leuten, die darauf angewiesen ist, mit vielen anderen zusammen in einer Wohnung zu wohnen. Das ist eine große Masse, die schreit und ruft uns Abgeordnete um Hilfe an und wir sind dazu berufen, diese Hilferufe wieder an geeigneten Orten vorzubringen, damit diesen schwergeprüften Leuten Hilfe zuteil wird.

Noch eine Anregung, die ein Kollege vorhin angeführt hat. Es geht nämlich nicht, daß man allein mit den Nazisten die Aufräumungsarbeiten leisten kann. Wir haben uns in unserer Stadt, wo wir auch über tausend Häuser verloren haben, damit beholfen, daß wir zuerst die Nationalsozialisten drei Monate allein arbeiten ließen. Da das aber nicht ausgereicht hat, wurde ganz einfach ein Aufruf an die Gesamtbevölkerung erlassen und das Verständnis dafür war groß. Es hat sich alles gemeldet und ein neuerlicher Aufruf ist in der vorigen Woche

erfolgt. In unserer Stadt wird daher bis Ende April sämtlicher Schutt von den Straßen weggeräumt sein. Da darf sich niemand ausschließen, denn jeder kann drei Tage arbeiten. Es fehlt bei uns nicht an Werkzeugen, denn wir haben genügend Werkzeuge zur Verfügung, was für uns ein Plus ist und uns tatsächlich schon geholfen hat.

So gibt es noch verschiedene Anregungen, die im Sinne dieses Antrages liegen, und ich bitte, daß von den Herren Abgeordneten diese Anträge entsprechend eingeschätzt werden und daß sie ihre Zustimmung geben. (*Beifall.*)

Abg. KAINDL: Hoher Landtag! Ich möchte ganz kurz erwähnen, daß ich mich freue, daß Herr Abgeordneter Dr. Steingötter hier nicht nur als Arzt, sondern auch als Seelenarzt gesprochen hat. Das Wort, das hier gesprochen worden ist, nämlich von der Gesundung der Seele, ist von einem Arzt gesprochen worden, der wissen muß, daß das das Erste ist. (*Beifall rechts.*) Wenn wir die Gesundung der Seele nicht ganz voranstellen und wenn wir nicht die Voraussetzung dafür schaffen, daß das Wiederaufbauproblem eine innere Angelegenheit, eine Angelegenheit des Herzens und des Lebens unseres Volkes ist, dann nützen unsere Reden, Kommissionen, Zwangsmaßnahmen usw. gar nichts. Es muß bei dieser ganzen Sache das Volk selbst rufen: Wir wollen uns helfen, denn wer sich selbst hilft, dem hilft Gott! (*Großer Beifall rechts.*)

3. PRÄSIDENT: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ZACH: Mein lieber Freund Kaindl hat schon ein kleines Streiflicht auf diesen wichtigsten Punkt gelegt. Es wurde von einem Redner gesagt, wie notwendig es wäre, für den Wiederaufbau Propaganda zu machen. Ich habe dieses Wort, glaube ich, nicht gebraucht, sondern ich glaube, es ist eine Werbung für die Idee der Notwendigkeit des Wiederaufbaues erforderlich.

Ich habe auch das Wort „Wiedergutmachung“ in diesem Zusammenhang nicht aufwerfen wollen, weil das ein noch tiefer greifendes Problem ist, das aber kommen muß. Ich sage, lassen Sie uns zuerst einmal das Notwendige tun, nämlich den Bedürftigen ein schützendes Dach in einer vollständig zerstörten Stadt geben, dann werden wir uns mit dem Punkt der Wiedergutmachung beschäftigen, dazu muß aber die finanzielle Voraussetzung bis dorthin ganz genau bekannt sein.

Ich hoffe, daß der Nationalrat mit dem Gesetz der Sühne usw. endlich nach vorwärts schreitet und daß einmal das erlösende Wort

gesprochen und der Alpdruck von diesen Menschen genommen wird. Ich sehe ein Beispiel vor mir. Ein Maurer ist es, der sich ein Häuschen gebaut hat, das zu den schönsten Heimen gehört, die ich je in meinem Leben gesehen habe. Er hat bei Karbidbeleuchtung bis elf und zwölf Uhr nachts gearbeitet, und jetzt ist dort ein Riesensprengtrichter, der bis hinauf mit Wasser gefüllt ist, das bereits stinkt. Verzeihen Sie, daß ich dieses Beispiel angeführt habe. Daß solche Sachen um Wiedergutmachung zum Himmel schreien, ist selbstverständlich. Wir müssen daher die Bevölkerung entsprechend aufklären. Es ist das ein Gebot der Nächstenliebe, nicht des Sozialismus oder Kommunismus, sondern einfach ein Gebot der Menschlichkeit. Darum müssen wir die Bevölkerung aufklären und sagen: Es gibt keinen gesunden Staat und keine gesunde Volksfamilie, solange solche Eitergeschwüre im Volkskörper geduldet werden.

Ich freue mich, daß dieser Zusammenklang der Geister hier vorhanden ist, und wenn dieser weiterbesteht, dann wird dieser harte Wille wieder zur Tat werden. Wir wollen und werden die Zukunft neu gestalten, denn das größte Leid hat uns wieder zur größten Höhe geführt.

Daher bitte ich den Hohen Landtag um die Annahme des folgenden Antrages (*liest*):

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungskreis und mit Unterstützung des Wiederaufbauministeriums und der Besatzungsbehörden alles zu unternehmen, daß den Gemeinden, die fast zur Gänze durch Bomben und Kriegshandlungen zerstört wurden und daher aus eigener Kraft ganz außerstande sind, die dringendst notwendigen Aufräumungs- und Vorarbeiten für den Wiederaufbau zu leisten, raschestens durch Beistellung von Arbeitskräften, Fahrzeugen jeder Art und Treibstoff zu Hilfe gekommen wird, da sonst in gesundheitlicher und auch in wirtschaftlicher Hinsicht die größten Gefahren drohen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages

3. PRÄSIDENT: (*Abstimmung*) Einstimmig angenommen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 35 Min.)